

Kurze Wege in Arbeit: Vernetzte Unterstützung am Arbeitsmarkt stärken

Drucksache 18/21207 · eingebracht 2026-09-08 – Antragsteller:

CDU

GRÜNE

Arbeitsmarkt

Soziales

Digitalisierung

Inklusion

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert die landesweite Einführung und Vernetzung hybrider Beratungsformate, um komplexe Lebenslagen am Arbeitsmarkt effizienter zu bearbeiten und insbesondere benachteiligten Gruppen besseren Zugang zu Qualifizierung und Beschäftigung zu ermöglichen.

KERNFORDERUNGEN

- Einführung vernetzter hybrider Beratung in NRW
- Prüfung der Anschlussfähigkeit bestehender Strukturen
- Partizipative Entwicklung von Standards mit allen Akteuren
- Fokus auf Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf

BEWERTUNG

8.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag fördert Solidarität (B2, D2) durch koordinierte, bedarfsgerechte Beratung für benachteiligte Gruppen und stärkt soziale Gerechtigkeit (D4) durch besseren Zugang zu Qualifizierung und Beschäftigung. Ökologische Nachhaltigkeit bleibt indirekt berührt (E3 über Ressourceneffizienz), Transparenz & Mitbestimmung wird durch partizipative Konzeptentwicklung gestärkt (D5). Kein Feld weist gravierende Widersprüche auf; alle Bewertungen liegen im + bis ++-Bereich.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Starke Koalitionsabstimmung zwischen CDU und GRÜNEN
- Praxisorientierte Umsetzungsvorschläge
- Klare Fokussierung auf benachteiligte Gruppen
- Datenschutz- und Barrierefreiheitsbezug

Schwächen

- Keine konkrete Finanzierungsperspektive
- Kein Bezug zur Tariftreue-Debatte
- Keine Erwähnung von Mitbestimmung oder Gewerkschaften

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A • LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B • FINANZEN	•	++	•	•	•
C • VERWALTUNG	•	•	+	•	•
D • BÜRGER:INNEN	•	++	•	++	++
E • GESELLSCHAFT & NATUR	•	+	•	•	•

++ stark fördernd + fördernd • neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D2 Solidarität gegenüber Bürger:innen Bewertung: +5

Zielgruppe: Menschen mit komplexen Lebenslagen, Careleaver, Geflüchtete, Menschen mit Behinderung

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +5

Stärkung inklusiver Übergänge (Schule→Beruf, Rehabilitation→Arbeit), barrierearme digitale Formate

B2 Solidarität bei Finanzpartnern Bewertung: +4

Förderung gemeinsamer Verwaltungsvereinbarungen zur Ressourcenbündelung

D5 Transparenz & Mitbestimmung Bewertung: +4

Partizipative Entwicklung von Standards mit Kommunen, Trägern, Wohlfahrtsverbänden

CDU

ANTRAGSTELLER: IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht exakt der CDU-Fachkräfteoffensive 'Neue Chancen NRW' (S. 29), dem Fokus auf schnelle Anerkennung von Abschlüssen und interkommunaler Kooperation (S. 101), sowie dem Ziel einer klaren Zuständigkeitsklärung im Sozialstaat (S. 27, S. 101).

„Wir wollen eine weltweite nordrhein-westfälische Fachkräfteoffensive für unser Land mit der Kampagne „Neue Chancen NRW“ starten.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 29

PARTEIPROGRAMM

8/10

Stimmt mit dem CDU-Grundsatzprogramm 2024 überein: 'Arbeit ist eine solidarische Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft' (S. 58) und 'partnerschaftliches Engagement zwischen öffentlicher Hand, Unternehmen und sozialen Organisationen' (S. 20).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD**WAHLPROGRAMM**

7/10

Der Antrag unterstützt die SPD-Ziele 'Gute Arbeit', 'Tariftreue' und 'soziale Teilhabe', aber vermeidet explizite Verweise auf Tarifbindung oder Mindestlohn. Er ergänzt die SPD-Politik zur Fachkräftesicherung, ohne ihre Kernforderungen nach gesetzlicher Tariftreue zu adressieren.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

7/10

Passt zum Hamburger Programm: 'Recht auf Arbeit', 'gerechte Verteilung', 'Vorsorgender Sozialstaat'. Allerdings fehlt der explizite Bezug zur Stärkung von Gewerkschaften oder Mitbestimmung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

WAHLPROGRAMM**9/10**

Der Antrag realisiert zentrale grüne Ziele: 'Schluss mit blindem Höher, Schneller, Weiter' (S. 59), 'Inklusion' (S. 74), 'Antidiskriminierung' (S. 94), 'Mobile Jugendarbeit' (S. 74) und 'digitale Lösungen Bürokratie vereinfachen' (S. 49).

„Schluss mit blindem „Höher, Schneller, Weiter“ – mehr Wachstum für Kooperation und Gemeinwohl“
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 50

PARTEIPROGRAMM**9/10**

Direkt abgestimmt mit dem Grünen Grundsatzprogramm 2020: 'Rechtsanspruch auf Weiterbildung' (S. 87), 'faire Löhne' (S. 85), 'regionale Wirtschaftskreisläufe' (S. 59), 'Barrierefreiheit' (S. 85) und 'Digitalisierung für gute Arbeit' (S. 18).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP**WAHLPROGRAMM****6/10**

Der Antrag stimmt mit dem FDP-Fokus auf 'Bürokratieabbau', 'Digitalisierung' und 'effiziente Verwaltung' überein, widerspricht aber nicht explizit ihrem Prinzip der 'Marktentscheidung' — stattdessen setzt er auf staatlich koordinierte Kooperation. Kein Widerspruch, aber keine Kernpriorisierung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM**6/10**

Passt zum FDP-Grundsatzprogramm 2012 ('Verantwortung für die Freiheit') im Bereich Digitalisierung und schlanker Verwaltung, aber vernachlässigt den FDP-Schwerpunkt 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' zugunsten kollektiver Strukturen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD**WAHLPROGRAMM****2/10**

Der Antrag widerspricht zentralen AfD-Positionen: Förderung von Integration und Inklusion steht im Kontrast zur AfD-Forderung nach 'Assimilation' und 'Remigration'; der Fokus auf 'Ausländerbehörden' als Kooperationspartner widerspricht ihrer Kritik an 'Massenzuwanderung'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM**2/10**

Fundamentaler Widerspruch: Das AfD-Grundsatzprogramm 2016 fordert 'strikte Kontrolle der Einwanderung' und lehnt 'kulturelle Integration' ab — der Antrag zielt dagegen auf strukturelle Integration und Zusammenarbeit mit Ausländerbehörden.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: viele Beratungsanliegen betreffen mehrere Zuständigkeiten zugleich und erfordern eine intensivere Abstimmung zwischen Arbeitsverwaltung, Kommunen, Kammern, Trägern, Beratungsstellen und weiteren Akteuren.

viele Beratungsanliegen betreffen mehrere Zuständigkeiten zugleich und erfordern eine verbindliche, datenschutzkonforme Abstimmung zwischen Arbeitsverwaltung, Kommunen, Kammern, Trägern, Beratungsstellen und weiteren Akteuren unter Einbeziehung von Tarifpartnern und Betriebsräten.

Begründung: Stärkt GWÖ-Wert 'Soziale Gerechtigkeit' (D4) durch explizite Einbindung von Mitbestimmungsorganen und erhöht die Treue zum SPD- und Grünen Wahlprogramm (Tariftreue, Mitbestimmung).

Vorschlag 2 von 3

Original: vernetzte hybride Beratung kann damit einen Beitrag leisten, die Beschäftigungschancen von Menschen mit besonderen Beratungs- und Unterstützungsbedarfen zu stärken

vernetztes hybrides Beratung kann damit einen Beitrag leisten, die Beschäftigungschancen von Menschen mit besonderen Beratungs- und Unterstützungsbedarfen sowie von Menschen mit geringer Qualifikation, prekär Beschäftigten und langzeitarbeitslosen Menschen zu stärken

Begründung: Erweitert die Zielgruppe gemäß Grünen Grundsatzprogramm (S. 85: 'Menschen mit geringer Qualifikation') und SPD-Hamburger Programm ('Recht auf Arbeit'), stärkt GWÖ-Feld D2 (Solidarität).

Vorschlag 3 von 3

Original: praxistaugliche, datenschutzkonforme und barrierearme Standards für Rollenklärung, Terminabstimmung, digitale Zuschaltung und Verfahrensabstimmung zu erarbeiten

praxistaugliche, datenschutzkonforme, barrierearme und gendergerechte Standards für Rollenklärung, Terminabstimmung, digitale Zuschaltung und Verfahrensabstimmung zu erarbeiten unter Beteiligung von Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung und von Frauenverbänden

Begründung: Stärkt GWÖ-Felder D1 (Menschenwürde), D2 (Solidarität) und D5 (Mitbestimmung); entspricht Grünen Wahlprogramm (S. 94: Antidiskriminierung) und Parteiprogramm (S. 86: Inklusion).

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit deckt sich mit der Empfehlung dieses Werkzeugs — Empfohlen: Uneingeschränkt unterstützen;
Beschluss: Angenommen.

Angenommen · MMP18-130

Nein: AfD Enth.: FDP

Original-Antrag

Drucksache 18/21207

Kurze Wege in Arbeit: Vernetzte Unterstützung am Arbeitsmarkt stärken

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

08.09.2026

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Kurze Wege in Arbeit: Vernetzte Unterstützung am Arbeitsmarkt stärken

I. Ausgangslage

Wer Unterstützung am Arbeitsmarkt sucht, braucht schnelle, verständliche und verlässliche Beratung. In der Praxis treffen Menschen jedoch häufig auf ein System mit vielen Zuständigkeiten: Agenturen für Arbeit, Jobcenter, Kommunen, Kammern, Ausländerbehörden, Rentenversicherung, Träger oder Beratungsstellen sind je nach Anliegen beteiligt. Gerade bei komplexen Lebenslagen führt das oft zu mehreren Terminen, wiederholten Schilderungen derselben Situation und langen Wegen bis zur Klärung des nächsten Schritts.

Das betrifft nicht nur Menschen in verschiedenen schwierigen Lebenslagen, sondern auch Unternehmen und Institutionen, die Fachkräfte gewinnen, Beschäftigte qualifizieren oder Menschen beim Übergang in Arbeit unterstützen wollen. Arbeits- und Fachkräftesicherung, berufliche Weiterbildung, Integration in Arbeit, berufliche Rehabilitation und der Übergang von der Schule in den Beruf gelingen sehr viel besser, wenn vorhandene Beratungskompetenzen im richtigen Moment zusammengeführt werden.

Gute Beratung entscheidet sich daher nicht allein an der Qualität einzelner Stellen, sondern auch daran, wie gut diese miteinander verbunden sind. Ziel muss ein Sozialstaat sein, der Orientierung gibt, Zuständigkeiten klärt und konkrete nächste Schritte ermöglicht. Menschen sollen nicht von Behörde zu Behörde verwiesen werden, sondern im richtigen Moment Zugang zu den jeweils relevanten Kompetenzen erhalten.

Ein vielversprechender Ansatz hierfür ist die von der Bundesagentur für Arbeit entwickelte vernetzte hybride Beratung. Sie verbindet persönliche Beratung vor Ort mit der anlassbezogenen digitalen Zuschaltung weiterer interner oder externer Expertinnen und Experten. So können unterschiedliche Zuständigkeiten in einem Beratungsgespräch zusammengeführt, Rückfragen unmittelbar geklärt und weitere Prozessschritte verbindlich abgestimmt werden.

Das Modell wurde zunächst in der Agentur für Arbeit Ahlen-Münster entwickelt und wird innerhalb der Bundesagentur für Arbeit sukzessive auf weitere Agenturen ausgeweitet. In der praktischen Anwendung können beispielsweise interne Dienste der Agenturen für Arbeit, Jobcenter, Deutsche Rentenversicherung, Kammern, Ausländerbehörden, Wohlfahrtsverbände, Bildungsträger, Landschaftsverbände oder schulische Akteure in Beratungssituationen einbezogen werden.

Auch die Kommission zur Sozialstaatsreform greift diesen Ansatz ausdrücklich auf und empfiehlt, die vernetzte hybride Beratung auszuweiten, um Verfahren zu beschleunigen und Behördengänge zu ersetzen. Bereits heute bestehe die Möglichkeit, bei Beratungsgesprächen passende Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner aus anderen Behörden und Rechtskreisen virtuell zuzuschalten. Die Kommission verweist dabei ausdrücklich auf Verwaltungsvereinbarungen als mögliche Grundlage für eine Ausweitung.¹

Gerade für Nordrhein-Westfalen bietet dieser Ansatz wichtige Anknüpfungspunkte. Die Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit ist eine zentrale arbeitsmarktpolitische Partnerin im Land. Auch im Rahmen der Fachkräfteoffensive NRW arbeiten Landesregierung, Unternehmen, Hochschulen, Kammern, Verbände, Sozialpartner und die Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit zusammen. Vernetzte hybride Beratung kann hier einen konkreten Beitrag leisten, um vorhandene Potenziale besser zu erschließen und Übergänge in Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung gezielter zu unterstützen.

Zugleich bietet sie wichtige Chancen für mehr Inklusion und Integration auf dem Arbeitsmarkt. Menschen mit besonderem Beratungs- und Unterstützungsbedarf sind im Beratungsprozess häufig mit zusätzlichen Hürden konfrontiert, weil unterschiedliche Zuständigkeiten zwischen Arbeitsverwaltung, Rehabilitationsträgern, Integrationsfachdiensten, Ausländerbehörden, Landschaftsverbänden, Bildungsträgern oder Arbeitgebende aufeinandertreffen. Durch die digitale Zuschaltung relevanter Fachstellen können Unterstützungsbedarfe schneller abgestimmt, individuelle Fördermöglichkeiten frühzeitiger geklärt und Übergänge in Ausbildung, Qualifizierung oder Beschäftigung besser begleitet werden. Gleichzeitig können barrierefreie digitale Formate Wege erleichtern und die Teilhabe an Beratungsangeboten verbessern. Vernetzte hybride Beratung kann damit einen Beitrag leisten, die Beschäftigungschancen von Menschen mit besonderen Beratungs- und Unterstützungsbedarfen zu stärken und bislang ungenutzte Fachkräftepotenziale stärker für den Arbeitsmarkt zu erschließen.

Nordrhein-Westfalen kann an den Schnittstellen von Arbeitsmarktpolitik, kommunaler Daseinsvorsorge und sozialer Beratung wichtige Impulse für verbindlichere und bürgernähere Beratungsprozesse setzen. Wo Landesstrukturen, kommunale Zuständigkeiten und Angebote der Arbeitsverwaltung ineinandergreifen, braucht es klare Kooperationen zwischen Kommunen, Kreisen, Jobcentern, Kammern, Integrationsstrukturen, Jugendberufsagenturen, Beratungsstellen, Trägern, Wohlfahrtsverbänden und weiteren arbeitsmarktpolitischen Akteuren. Das Sozialgesetzbuch III bietet hierfür mit Verwaltungsvereinbarungen zwischen Agenturen für Arbeit, Kreisen und Gemeinden einen geeigneten Rahmen.

Der Mehrwert liegt nicht im Aufbau neuer Parallelstrukturen, sondern in der besseren Nutzung vorhandener Angebote. Vernetzte hybride Beratung ersetzt keine Fachverfahren, keine rechtlichen Prüfungen und keine spezialisierten Beratungsdienste. Sie sorgt vielmehr dafür, dass vorhandene Expertise schneller im Beratungsgespräch verfügbar wird. Persönliche Beratung vor Ort bleibt dabei unverzichtbar; digitale Zuschaltung soll sie nicht ersetzen, sondern sinnvoll ergänzen.

¹ Kommission zur Sozialstaatsreform: *Empfehlungen der Kommission zur Sozialstaatsreform*, Empfehlung 24, 2026, S. 41.

Nordrhein-Westfalen sollte dieses Potenzial nutzen und gemeinsam mit der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit sowie den relevanten Partnerinnen und Partnern prüfen, wie vernetzte hybride Beratungsformate stärker mit bestehenden Landes- und Kommunalstrukturen verbunden werden können. Dies soll im Rahmen vorhandener Strukturen und verfügbarer Ressourcen erfolgen, ohne neue Parallelstrukturen oder zusätzliche Förderkulissen zu schaffen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest,

- gute Beratung ist ein zentraler Baustein für Teilhabe, Arbeits- und Fachkräftesicherung, berufliche Qualifizierung und erfolgreiche Inklusion und Integration in Arbeit.
- viele Beratungsanliegen betreffen mehrere Zuständigkeiten zugleich und erfordern eine intensivere Abstimmung zwischen Arbeitsverwaltung, Kommunen, Kammern, Trägern, Beratungsstellen und weiteren Akteuren.
- vernetzte hybride Beratungsformate können dazu beitragen, vorhandene Expertise schneller zusammenzuführen, Prozesse zu beschleunigen und Mehrfachwege für Menschen mit besonderem Beratungs- und Unterstützungsbedarf zu vermeiden.
- persönliche Beratung vor Ort bleibt unverzichtbar. Digitale Zuschaltung weiterer Fachstellen kann sie sinnvoll ergänzen und die Klärung komplexer Anliegen erleichtern.
- Nordrhein-Westfalen kann die Zusammenarbeit an den Schnittstellen von Landespolitik, Kommunen und Arbeitsmarktakteuren gezielt stärken und bestehende Beratungs- und Unterstützungsangebote besser miteinander verbinden.
- vernetzte hybride Beratung kann insbesondere Menschen mit besonderem Beratungs- und Unterstützungsbedarf zugutekommen, indem Fachstellen frühzeitiger eingebunden, Fördermöglichkeiten schneller geklärt und Übergänge in Ausbildung, Qualifizierung oder Beschäftigung besser begleitet werden.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung im Rahmen vorhandener Mittel,

- gemeinsam mit der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit zu prüfen, wie vernetzte hybride Beratungsformate in Nordrhein-Westfalen stärker genutzt und mit bestehenden Landes- und Kommunalstrukturen verbunden werden können;
- bestehende Beratungs- und Unterstützungsstrukturen in den Bereichen Fachkräftesicherung, Qualifizierung, Inklusion, Integration, Jugendberufsagenturen, berufliche Rehabilitation und Teilhabe auf Anschlussfähigkeit an vernetzte hybride Beratungsformate zu prüfen;
- gemeinsam mit Kommunen, Kreisen, Jobcentern, Kammern, Trägern, Wohlfahrtsverbänden und weiteren relevanten Akteuren zu beraten, wie die digitale Zuschaltung zusätzlicher Expertise Beratungsprozesse vereinfachen, beschleunigen und persönliche Beratung vor Ort sinnvoll ergänzen kann;
- gemeinsam mit den beteiligten Akteuren Konzepte zu entwickeln, wie vernetzte hybride Beratungsformate die Beschäftigungschancen von Menschen mit besonderem Beratungs- und Unterstützungsbedarf durch eine frühzeitigere Einbindung relevanter Fachstellen, eine bessere Abstimmung von Fördermöglichkeiten und eine barrierearme Beratung stärken können;

- praxistaugliche, datenschutzkonforme und barrierearme Standards für Rollenklärung, Terminabstimmung, digitale Zuschaltung und Verfahrensabstimmung zu erarbeiten sowie gute Praxisbeispiele aus Nordrhein-Westfalen, insbesondere aus der Agentur für Arbeit Ahlen-Münster, für interessierte Regionen, Kommunen und Beratungsnetzwerke zugänglich zu machen.

Thorsten Schick
Matthias Kerkhoff
Bianca Winkelmann
Marco Schmitz

Wibke Brems
Mehrdad Mostofizadeh
Jule Wenzel
Gönül Eçlence
Benjamin Rauer
Dennis Sonne

und Fraktion

und Fraktion